Umfrage: Mehrheit gegen einen Ausstieg aus dem Bahnprojekt Stuttgart 21

Gut eine Woche vor der Volksabstimmung droht den Gegnern des Bahnprojekts eine Schlappe: 55 Prozent der Baden-Württemberger sind gegen den Ausstieg des Landes aus der Finanzierung des Projekts, 45 Prozent dafür – Grün-rote Landesregierung im Stimmungshoch

Von Bettina Wieselmann und Andreas Böhme, RNZ Stuttgart

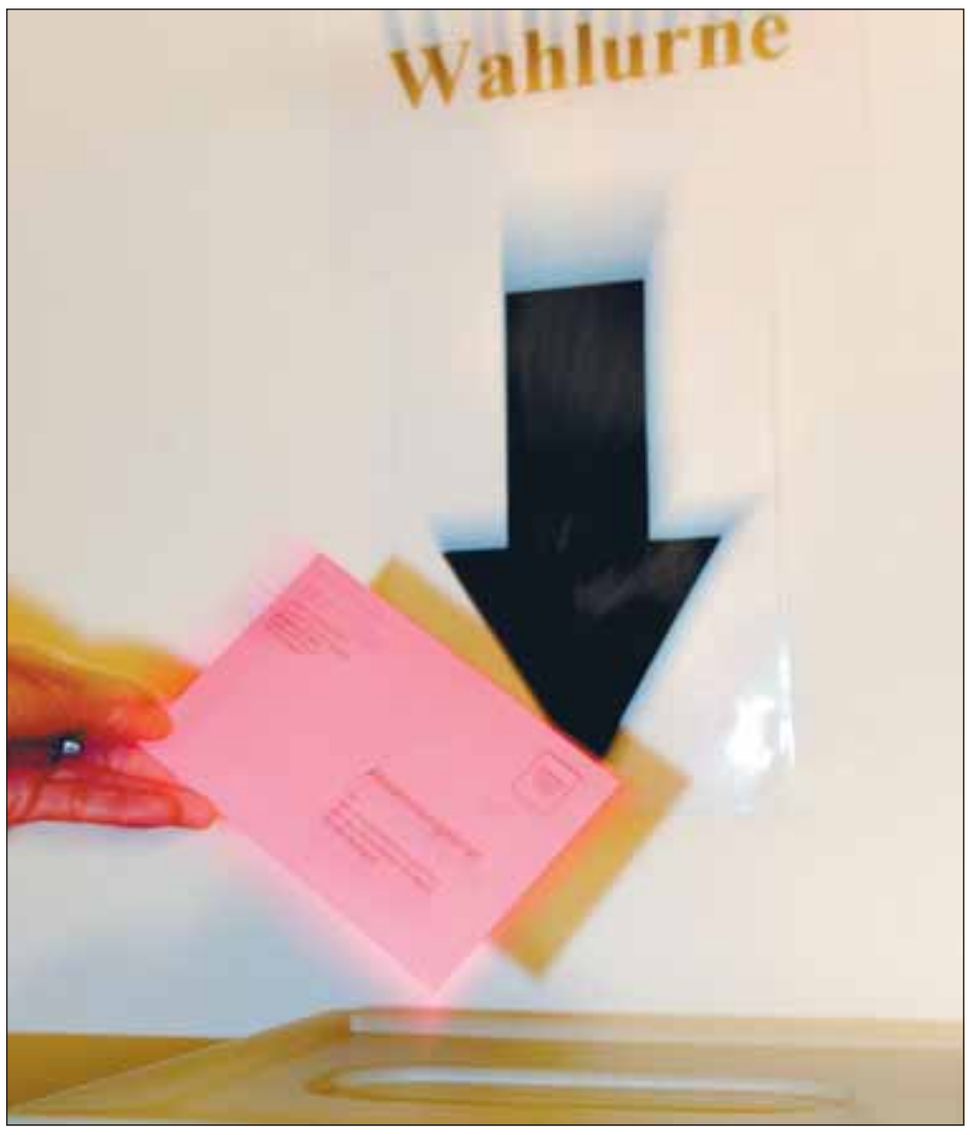
Stuttgart. Im Streit um das Bahnprojekt Stuttgart 21 haben die Befürworter in Baden-Württemberg eine Mehrheit hinter sich. In einer gestern veröffentlichten repräsentativen Umfrage sprechen sich 55 Prozent der Befragten für den Tiefbahnhof aus und 45 Prozent dagegen. Als Grund ihrer Entscheidung für den Bahnhofsbau nannten 45 Prozent die hohen Ausstiegskosten.

Das Berliner Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap hatte zwischen dem 8. und 16. November im Auftrag der Stuttgarter Zeitung und des Südwestrundfunks 2400 bei der Volksabstimmung wahlberechtigte Bürger telefonisch befragt. 95 Prozent gaben an, das Ergebnis des Volksentscheids akzeptieren zu wollen. Gleichzeitig meinen aber 81 Prozent, dass der Streit auch nach dem 27. November nicht beigelegt sein wird.

Laut Umfrage interessieren sich nur 31 Prozent der Befragten wenig oder gar nicht für den Wahlkampf zum Volksentscheid. Genauso viele gaben „mittelmäßiges“ Interesse an, 24 Prozent äußerten „starkes“ und 13 Prozent sogar „sehr starkes“ Interesse.

„Ich freue mich sehr, dass die Bevölkerung hinter dem Projekt steht und hoffe, dass sie das auch bei der Volksabstimmung zum Ausdruck bringt“, sagte Finanzminister Nils Schmid (SPD), der sich derzeit mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann und einer großen Delegation in Brasilien aufhält. Gleichzeitig gab sich Schmid überzeugt, dass der Bahnhofsstreit dann auch begraben wird: „Ich bin sehr zuversichtlich, dass nach der Volksabstimmung das Volk das letzte Wort gehabt hat und sich dann auch daran hält. Die Deutungshoheit haben nicht aktivistische Minderheiten, die Verfassung gilt.“

CDU-Fraktionschef Peter Hauk sieht in dem Umfrage-Ergebnis eine Bestätigung für den Pro-Kurs: „Das gibt uns den richtigen Motivationsschub für den Endspurt.“ Die FDP-Landesvorsitzende Birgit Homburger sagte: „Umfragen sind keine Wahlergebnisse. Jetzt kommt es darauf an, dass diejenigen, die für Stuttgart 21 und damit die Modernisierung der Infrastruktur im ganzen Land sind, auch zur Abstimmung gehen.“



Ein Bürger steckt in Stuttgart seinen Wahlzettel zur Volksabstimmung über das umstrittene Bahnprojekt Stuttgart 21 in eine Wahlurne. Am 27. November wird offiziell abgestimmt. In ausgewählten Wahllokalen kann man seine Stimme schon jetzt abgeben. Foto: dpa

Viele Menschen im Südwesten verstehen die Fragestellung bei der bevorstehenden Volksabstimmung nicht. Jeder Zehnte weiß nicht, wofür genau die „Ja“- und die „Nein-Stimme“ zählt, geht aus der Infratest dimap-Umfrage hervor. Immerhin jeder Sechste (17 Prozent) geht sogar fälschlicherweise davon aus, dass man mit einer „Ja“-Stimme den Weg für den Weiterbau frei macht. Missverständnisse und eine nicht unbedeutende Zahl „falscher“ Stimmabgaben scheinen laut Umfrage nicht ausgeschlossen.

Ungeachtet ihrer gegensätzlichen Meinung in der Bahnhofsfrage – die Grünen sind strikt gegen das Projekt – behauptet die grün-rote Landesregierung deutlich ihre Mehrheit im Land. Wie bereits bei der letzten Umfrage im August kommen die Grünen bei der Sonntagsfrage wiederum auf 29 Prozent. Damit liegen sie 4,8 Prozent über ihrem Landtagswahlergebnis vom März. Die SPD verliert einen Punkt und wird bei 22 Prozent notiert. Sie war im März von 23,1 Prozent der Bürger gewählt worden. Die CDU erhält in der Umfrage 37 Prozent, einen Punkt mehr als im August, aber zwei Punkte weniger als bei der Wahl im März.

„Wir regieren ziemlich gut“

Mit der FDP (Wahlergebnis 5,3 Prozent) geht es weiter bergab. Nach vier Prozent in der August-Umfrage liegt sie jetzt bei drei Prozent. Die Piraten haben sie mit vier Prozent überholt. Die Zustimmung zur Linken (Wahlergebnis 2,8 Prozent, August-Umfrage 3 Prozent) bröckelt mit jetzt zwei Prozent wieder.

Ministerpräsident Kretschmann hat für den Umfrage-Vorsprung der Landesregierung eine Erklärung: „Wir regieren auch ziemlich gut.“ Ganz offenkundig spielt aber auch die Beliebtheit Kretschmanns eine Rolle: Sie ist mit 58 Prozent (August-Umfrage 62 Prozent) ein halbes Jahr nach der Regierungsübernahme immer noch außergewöhnlich hoch. Nur 28 Prozent der befragten gaben an, weniger oder gar nicht zufrieden mit Kretschmanns Arbeit zu sein.

Nils Schmid, der auch SPD-Landesvorsitzender ist, sagte: „Das wahre Regieren, beginnt erst nach der Volksabstimmung und dann wird es auch die gebührende Aufmerksamkeit bekommen.“

Pfarrer Bräuchle suspendiert

Nach Nazi-Vergleich bei Debatte um Stuttgart 21

Stuttgart. (epd) Der württembergische Evangelische Oberkirchenrat hat den Stuttgarter Pfarrer Johannes Bräuchle mit sofortiger Wirkung vom Amt suspendiert. Bräuchle wird vorgeworfen, vor einer Woche bei einer Veranstaltung des Wertheimer CDU-Stadtverbands Gegnern des Bahnprojekts „Stuttgart 21“ Nazi-Methoden unterstellt zu haben. Die Suspendierung geschehe, um eine abschließende Klärung der Angelegenheit zu ermöglichen, teilte die Landeskirche am Donnerstag in Stuttgart mit.

Pfarrer Bräuchle. Foto: dpa

In einer persönlichen Erklärung schreibt Bräuchle, die zitierte Aussage „habe ich so nicht getätigt“, er distanziere sich ausdrücklich von jeder anderen Interpretation. Bräuchles Äußerungen waren in einem lokalen Zeitungsbericht an die Öffentlichkeit gekommen. Daraufhin haben mehrere Personen bei der Staatsanwaltschaft Mosbach Anzeige wegen Volksverhetzung erstattet.

Der evangelische Theologe Bräuchle hatte als CDU-Stadtrat von 1999 bis 2005 „Stuttgart 21“ mit auf den Weg gebracht. Er gilt als vehementer Verfechter des Projekts. Bereits im vergangenen Jahr hatte er sich bei den Schlichtungsgesprächen eine Rüge des Schlichters Heiner Geißler und Strafanzeigen eingehandelt, die jedoch kein Ermittlungsverfahren zur Folge hatten.

In seiner Erklärung teilte Bräuchle auch mit, dass er seine Mitarbeit im Vorstand des Vereins „Pro Stuttgart 21“ bis zur Volksabstimmung am 27. November ruhen lasse. Dem Vorstand gehören mit Bräuchle 22 Persönlichkeiten aus CDU, SPD und FDP an, unter ihnen die FDP-Landesvorsitzende Birgit Homburger, der frühere baden-württembergische CDU-Ministerpräsident Lothar Späth und der jetzige SPD-Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid.

NACHRICHTEN

Radfahrer stürzt in Baugrube: tot

Villingen-Schwenningen. (dpa/lrs) Ein 62 Jahre alter Radfahrer ist in Villingen-Schwenningen ums Leben gekommen. Der Mann war an einer Baustelle in einen zwei Meter tiefen Graben gestürzt. Dabei zog er sich so schwere Verletzungen zu, dass er kurze Zeit später im Krankenhaus starb.

Haft nach tödlichem Unfall

Ellwangen. (dpa/lsw) Ein 22 Jahre alter Mann muss für zwei Jahre und neun Monate ins Gefängnis, weil er einen Jugendlichen angefahren und sterbend im Straßengraben zurückgelassen hat. „Er musste sich im Klaren sein, dass jemand schwer verletzt auf der Straße liegt“, sagte der Richter im Landgericht Ellwangen. Der Staatsanwalt hatte eine Haftstrafe von viereinhalb Jahren gefordert.

Polizei stoppt Sushi-Transporter

Esslingen. (dpa/lsw) Mehr als 50 Restaurants zwischen Stuttgart und München haben auf Frischfisch für Sushi verzichten müssen. Die Polizei in Esslingen hatte einen mit rund einer Tonne überladenen Sprinter gestoppt. Da der Fahrer kein Fahrzeug zum Umladen organisieren konnte, blieb der Transporter mit dem Frischfisch im Wert von über 16 000 Euro stehen. Der Mann musste 410 Euro Strafe bezahlen.

Naturschutzpreis für Waldprojekt

Bonn/Freiburg. (dpa/lsw) Junge Menschen wieder an den Lebensraum Wald heranführen: Für dieses Ziel hat das Projekt „Wilde Waldwelt“ den Deutschen Naturschutzpreis 2011 gewonnen. Das vom Bundesverband katholischer Einrichtungen der Erziehungshilfen getragene Projekt erhielt einen mit 90 000 Euro dotierten Förderpreis bei der erstmals verliehenen Auszeichnung.

Unfall endete tödlich

Blaubeuren. (dpa/lsw) Ein Transporterfahrer ist gestern auf der B 28 bei Blaubeuren tödlich verunglückt. Der 46-Jährige war auf die Gegenfahrbahn geraten und frontal in einen entgegenkommenden Lkw geprallt.

Ethylen-Pipeline darf weitergebaut werden

Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Mannheim hebt nach monatelangem Rechtsstreit Baustopp auf

Von Marc Herwig, dpa

Stuttgart. Nach einem monatelangen Rechtsstreit können die Bauarbeiten für eine Ethylen-Pipeline quer durch Baden-Württemberg weitergehen. Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Mannheim hat den zuletzt gültigen Baustopp wieder aufgehoben. Die Klage von 18 Anwohnern gegen die Pipeline werde aller Voraussicht nach keinen Erfolg haben. Deshalb sei der vom Verwaltungsgericht Stuttgart im April verhängte Baustopp nicht gerechtfertigt, entschieden die Mannheimer Richter. Der Beschluss ist nicht mehr anfechtbar (Az. 8 S 1281/11).

Die rund 360 Kilometer lange Pipeline Süd soll Ethylen zwischen süddeutschen Chemiestandorten von Unternehmen wie BASF und Wacker Chemie transportieren. Ethylen ist ein leicht entzündliches Gas und wird für die Produktion zahlreicher Kunststoffe benötigt. Die Pipeline führt vom rheinland-pfälzischen Ludwigshafen durch Baden-Württemberg nach Münchsmünster in Bayern. Während die Leitung in Rheinland-Pfalz und Bayern längst fertig gebaut ist, hatte der Rechtsstreit die Arbeiten im Südwesten immer wieder behindert. Betroffen von dem Baustopp waren Abschnitte zwischen Aalen (Ostalbkreis) und Rudersberg (Rems-Murr-Kreis). Dort fürchten Anwohner um ihre Sicherheit, weil die unterirdische Pipeline teilweise nur 110 bis 320 Meter Abstand zu den Häusern hat. Die Kläger fordern einen Mindestabstand von 350 Metern. Nur so bestünde bei einem Unglück keine Gefahr für die Menschen.

Der VGH sieht für diese Forderung der Anwohner aber keine Grundlage. Nirgendwo sei geregelt, dass eine Ethylen-Pipeline nicht näher als 350 Meter an einem Wohnhaus vorbeiführen dürfe. Die Chemiefirmen hätten glaubhaft machen können, dass auch bei einem geringeren Abstand keine Gefahr bestehe.

Die Firmen dürfen die Pipeline nun also erstmal weiterbauen lassen. Die letzte Hoffnung der Anwohner ist eine weitere Klage, die beim Verwaltungsgericht Stuttgart anhängig ist. Darin zweifeln die Bürger generell die Rechtmäßigkeit der Bauplanung an.

SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel begrüßte die Entscheidung der Richter. „Das ist ein gutes Signal für die industrielle Infrastruktur in Baden-Württemberg“, sagte er. Durch die Pipeline könnten vor allem in der Region Mannheim/Ludwigshafen neue Arbeitsplätze entstehen.

Sing führt weiter den Seniorenrat

Stuttgart. (dpa/lsw) Der frühere Chef der AOK Baden-Württemberg, Roland Sing, führt auch künftig den Seniorenrat im Land. Der 70-Jährige wurde bei einer Mitgliederversammlung am Mittwoch in Stuttgart mit 96 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Sing, der auch Vorsitzender des Sozialverbands VdK, ist, führt den Seniorenrat seit 2008 und wurde nun für drei weitere Jahre gewählt. Der Rat versteht sich als Stimme der gut 2,6 Millionen über 60-Jährigen im Südwesten – das ist ungefähr ein Viertel der Bevölkerung.

Der Gesundheitsexperte Sing nimmt im Umgang mit der Politik fast nie ein Blatt vor den Mund. Vor Kurzem hielt er Grün-Rot vor, in der Koalitionsvereinbarung stehe so gut wie nichts darüber, wie die Regierung die Folgen des demografischen Wandels für Senioren abfedern will.

„Nicht grausam, sondern solidarisch“

Ulrich Sckerl (Grüne) kann die harte Kritik des Beamtenbundes am Sparkurs nicht nachvollziehen

Von Roland Muschel, RNZ Stuttgart

Stuttgart. Der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Hans-Ulrich Sckerl (Weinheim / Foto: Kreutzer), verteidigt den Sparkurs der Regierung gegen die Kritik des Beamtenbundes: Es gehe nicht um Grausamkeiten, sondern um einen Solidarbeitrag.

> **Empört, erbost, enttäuscht – so beschreibt Beamtenbundchef Volker Stich seine Gefühlswelt. Können Sie die Wut auf die grün-roten Sparbeschlüsse verstehen?**

Nein, das verstehe ich nicht. Ich verstehe, dass Herr Stich die Interessen seiner Mitglieder vertritt. Aber das, was wir im Etat 2012 vorhaben, ist weit von der Dramatik entfernt, die Herr Stich heraufbeschwört.

> **130 Millionen Euro kürzt Grün-Rot bei den Beamten – ist das nichts?**

Das ist natürlich etwas – ein wichtiger Solidarbeitrag der Beamten zur Konsolidierung der Landesfinanzen. Mit den beklagten „Grausamkeiten“ hat das aber nichts zu tun. Die verzögerte Anpassung der Besoldungserhöhung war ja ursprünglich ein Vorschlag von Herrn Stich. Wir haben das aufgegriffen und wie vom Beamtenbund gewünscht sozial gestaffelt: die Besoldungsgruppen A 5 bis A 10 erhalten die Erhöhung ab 1. März, die höheren ab 1. August 2012.

Hans-Ulrich Sckerl

> **Auch bei der Beihilfe und der Kostenpauschale wird gekürzt.**

Bei der Beihilfe geht es hauptsächlich um die Wahlleistungen bei Krankenhausaufenthalten – die steigen von 13 Euro auf 22 Euro im Monat. Jeder Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft würde sich nach solchen Konditionen die Finger lecken. Da muss man auch die Gesamtrelationen sehen: Wir müssen jedes Jahr mehr Steuergeld in die Hand nehmen, um die strukturelle Unterfinanzierung der Beihilfekosten auszugleichen. Da erwarten wir von der Beamtenschaft eine höhere Eigenbeteiligung. Das Gleiche gilt für die Kostendämpfungspauschale: Ein Studienrat muss dafür pro Jahr künftig 30 Euro mehr zahlen. Auch das halten wir nicht für den Untergang des Abendlandes.

> **Herr Stich verweist auf Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe.**

Wir haben unbestritten Steuermehreinnahmen, aber wir haben auch enorme strukturelle Defizite im Haushalt. Wenn wir unser Ziel erreichen wollen, 2012 keine neuen Schulden zu machen, müssen wir 360 Millionen Euro einsparen. Zwei Drittel davon erbringen die Ministerien, ein Drittel die Beamtenschaft. Das entspricht ungefähr dem Anteil der Lohnkosten am Landeshaushalt. Deshalb halte ich das Sparpaket für ausgewogen.

> **Die Beamten fürchten, dass das nicht die letzte Sparrunde war.**

Unser Angebot für die Haushalte der kommenden Jahre war und ist, Lösungen im Konsens zu finden. Ministerpräsident Winfried Kretschmann wird eine Haushaltsstrukturkommission einrichten, mit dem Ziel, Strukturen und Programme auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen.

> **Und die Personalkosten?**

Die Personalkosten werden immer ein Thema sein. Alle Beteiligten wissen, dass wir die Ausgaben für Landesbedienstete strukturell senken müssen. Aber wir wollen das im Konsens machen. Das ist ein faires Angebot. Wir erwarten, dass der Beamtenbund darauf eingeht und wir gemeinsam zu Lösungen im Sinne einer nachhaltigen Haushaltspolitik kommen.